

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 1

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FRANKREICHS LINKE IN VORMARSCH UND KRISE

Ist die Strategie der Linksunion in Frankreich gescheitert? Bedeutet der öffentliche Eklat zwischen Sozialisten (PS), Linksliberalen (Radicaux de gauche) und Kommunisten (PCF) seit Herbst 1977 das Ende des 1972 mit der Verabschiedung eines gemeinsamen Regierungsprogramms begonnenen Wahlbündnisses der Linken? Ist damit der Sieg der Linken bei den Parlamentswahlen im März 1978, seit mehr als zwei Jahren von nahezu allen politischen Beobachtern erwartet, wieder in Frage gestellt, die «dynamique unitaire» gebrochen, die die Linksunion seit 1972 von Erfolg zu Erfolg geführt hatte, die Hoffnung von Millionen Linksunion-Anhängern auf ein «changement» obsolet geworden? Steht die V. Republik an einem neuen Wendepunkt? Ist das starre Zwei-Koalitionen-System, das Frankreich seit den Präsidentschaftswahlen 1974 in zwei fundamental verschiedene Lager getrennt hatte, am Ende? Sind künftig wieder alle politischen Kombinationen möglich?

In Wahrheit liegen die Dinge weniger dramatisch, als sie unter dem Eindruck der Unterbrechung der Aktualisierungsverhandlungen zum Gemeinsamen Programm in der Nacht vom 22. auf den 23. September 1977 erscheinen mussten. Die schwere Krise der französischen Linksunion war – dies soll im folgenden gezeigt werden – voraussehbar; sie erklärt sich aus der Natur dieses Bündnisses ungleicher Partner, berührt dessen Grundlagen jedoch nicht

und ändert nichts an den langfristigen Trends, die es ausgelöst oder verstärkt hat: dem Ausbruch der Kommunisten aus dem Getto der totalen Opposition und ihrer Ablösung vom sowjetischen Vorbild, dem Anwachsen der Sozialisten nicht nur zur «ersten Partei der Linken», sondern zur stärksten Partei des Landes, und damit insgesamt der Existenz einer systemimmanenten «linken» Alternative zur gegenwärtigen Regierungsmehrheit¹. Die Strategie der Linksunion hat Sozialisten und Kommunisten seit 1972 nicht nur eine Serie ausserordentlicher Erfolge, sondern auch eine Reihe neuer Probleme beschert; der Versuch, diese zu lösen, hat zu der gegenwärtigen Krise geführt.

Die PCF: Wandel mit Risiken

Der kommunistischen Partei hat das Bündnis mit den Sozialisten nicht nur zum erstenmal seit 1947 die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung eröffnet; es hat zugleich auch in der Partei einer realistischen Linie zum Durchbruch verholfen, die, ernsthaft an der Verwirklichung eines marxistischen Programms unter den Bedingungen einer westlichen Industrienation interessiert, die pluralistische bürgerliche Demokratie nicht mehr als blosses Instrument der herrschenden Klasse bekämpft, sondern als Voraussetzung für jede Entwicklung zu einer sozialistischen Gesellschaftsform betrachtet, den

revolutionären Prozess als die Summe von Mehrheitsentscheidungen des ganzen Volkes definiert und im Sozialismus nichts anderes als die «fortschreitende Demokratisierung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens» sieht².

Im Ansatz gab es diese Linie innerhalb der PCF schon immer, insofern der von ihr erfasste Teil der französischen Arbeiterbewegung auch von jakobinisch-radikaldemokratischen Traditionen geprägt war und den Marxismus, wenn überhaupt, dann als ein eher sozialdemokratisches und staatssozialistisches Programm aufgefasst hat. Seit der Bolschewisierung der Partei wurde sie zwar weithin nur noch taktisch verstanden, als Mittel zur Machtsicherung und -ausweitung im Interesse der Sowjetunion (Volksfront-Politik), doch wurde demokratisches und marxistisches Vokabular nicht folgenlos zur Mobilisierung der Massenbasis verwendet; der Gegensatz zwischen sozialistischem Programm und Machtinteressen der Sowjetunion führte immer wieder zu Spannungen und Konflikten. Dass die demokratisch-sozialistischen Impulse dabei selten von verbaler Ideologie in politische Praxis umschlugen, war einesteils den Selektionsmechanismen des «demokratischen Zentralismus» und dem ständigen Eintritt und Wiederaustritt neuer Anhängerschichten zu verdanken, andernteils der Gettoisierung der Partei im kalten Krieg und der damit verbundenen Rückbildung zu einer «Gegengesellschaft», die weniger das Idealbild der künftigen postrevolutionären Gesellschaft vorwegnahm, als vielmehr den Anhängern jenes Mass an sozialer Anerkennung und Identitätssicherung verschaffte, das ihnen in der realen Gesellschaft versagt blieb. Lange

Jahre blieb darum der praktische Reformismus einer Volkstribunen-Rolle im Interesse der sozial Benachteiligten die einzige Form praktischer Verwirklichung der demokratisch-sozialistischen Grunddisposition.

Mit der Aussicht auf Verwirklichung eines sozialistischen Regierungsprogramms, das zudem das strategische Interesse der Sowjetunion mehr gefährdet, als dass es ihm nützen könnte³, wurde nun der Kampf für einen «Sozialismus in den Farben Frankreichs» mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats nicht nur für einen Großteil der Parteiführung und der Anhängerschaft zum vorrangigen praktischen Anliegen, hinter das die Bereitschaft zur Unterstützung der sowjetischen Politik und das Bedürfnis nach der Geborgenheit der Gegengesellschaft zurücktraten, ohne freilich ganz zu verschwinden; die demokratisch-sozialistische Linie begann darüber hinaus eine Eigendynamik zu entwickeln, die, durch das Erlebnis brutaler sowjetischer Machtdemonstration in der CSSR 1968 und den Konkurrenzdruck des erstarkten sozialistischen Partners entscheidend verstärkt, einen ideologischen und praktischen Revisionsprozess eingeleitet hat, der mit den traditionellen Mitteln einer leninistischen Kaderpartei nicht mehr zu kontrollieren ist.

Jean Elleinstein, der offiziöse PCF-Historiker und dezidierte Wortführer der prosozialistischen Linie, beschreibt diesen Prozess als Übergang der Partei «vom theologischen ins politische Zeitalter». In seinem Bemühen, in der Partei seit langem latent vorhandene Einsichten auf den Begriff zu bringen, formuliert er eine radikale Kritik marxistisch-leninistischer Dogmen: «Was bei Marx zählt, ist nicht der Buch-

stabe, sondern der Geist. Wir müssen daher endgültig damit aufhören, aus ihm oder auch aus Engels oder Lenin eine sakrosankte Figur zu machen»; ihre Texte möchte Elleinstein vielmehr aus ihrem historischen Kontext heraus verstanden wissen. Insbesondere kann nach seiner Überzeugung die russische Oktoberrevolution nicht mehr als Bezugspunkt und Vorbild für den eigenen Weg zum Sozialismus genommen werden: Lenins Versuch, den Sozialismus in einem unterentwickelten, von europäischen Traditionen nur oberflächlich geprägten Agrarstaat zu verwirklichen, habe zum Zwangssystem des Stalinismus geführt; Lenin habe den Eigenwert der bürgerlichen Demokratie unterschätzt und irrtümlich geglaubt, eine sozialistische Produktionsweise führe von selber zur politischen Demokratie. Ebenso wenig könne der sozialistische Block Vorbild sein, für dessen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg letztlich die Präsenz der Sowjetmacht determinierend war. «Wir wollen keinen Gulag, weder das Verbot von Kunstausstellungen noch die Zensur von literarischen Werken, weder psychiatrische Kliniken für politische Vergehen noch Verfolgung von Christen oder Juden.» Was die Eurokommunisten – Elleinstein bekennt sich zu diesem Begriff – wirklich wollten, sei ohne historisches Beispiel, auf jeden Fall ein mit pluralistischen Mitteln zu schaffender Sozialismus⁴.

Die positive Umschreibung dieses «Sozialismus in den Farben Frankreichs» bleibt in der Theorie, bei Elleinstein wie in parteioffiziellen Texten, höchst verschwommen, von einer pseudorevolutionären Phraseologie verdeckt. In der Praxis, etwa in den Verhandlungen zur Aktualisierung des Ge-

meinsamen Programms, bezieht die PCF mehr und mehr die Positionen der traditionellen Sozialdemokratie, durch einen jakobinischen Zentralismus staatssozialistisch eingefärbt: Von einem rein quantitativen Wachstumsdenken ausgehend streitet sie für eine wesentliche Verbesserung der unteren Einkommen, für eine Ausweitung der öffentlichen Wohlfahrt, für staatliche Kontrolle der gesamten Wirtschaft und weitgehende nationale Autarkie – ein aus der Sozialdemokratie der dreissiger und vierziger Jahre wohlbekanntes, heute konservatives Programm also, dem auch eine konservativ-abwehrende Haltung gegenüber neuen Ideen und neuen sozialen Bewegungen entspricht.

Zu den konservativ-beharrenden Zügen der PCF gehört es auch, dass die Sowjetunion trotz aller Kritik am politischen System als sozialistisch aufgrund ihrer Produktionsweise verteidigt und der offene Bruch mit ihr sorgsam vermieden wird, dass die Selbstkritik der stalinistischen Vergangenheit der Partei noch kaum eingesetzt hat, und dass die hierarchische Entscheidungsstruktur des «demokratischen Zentralismus» im Widerspruch zur propagierten Demokratisierung aller Lebensbereiche eher gestärkt als abgebaut wurde. Die innerparteiliche Diskussion über den «demokratischen Zentralismus» ist zwar in einem Masse in Gang gekommen, das die Parteiführung gezwungen hat, die Behandlung der Frage der Parteistatuten für den nächsten Parteitag anzukündigen; insbesondere der Philosoph Louis Althusser hat den Mangel an demokratischen Freiheiten in der Partei öffentlich kritisiert; doch wurden bisher noch alle wesentlichen Schritte zur Revision bisheriger Positionen, ob Streichung des Begriffs der «Diktatur des

Proletariats» durch den 22. Parteitag im Februar 1976 oder Bekenntnis zur *Force de frappe* und zur Direktwahl des Europäischen Parlaments im Frühjahr 1977, durch Erklärungen der Parteiführung eingeleitet, zwar nach Erkundung der Stimmung an der Basis, aber ohne vorhergehende Diskussion. Die Kritik an der Vergangenheit der Partei wird zwar von Elleinstein zögernd-defensiv vorangetrieben; er verurteilt nicht nur die Nichtbeteiligung an der Volksfrontregierung 1936 und den «Manichäismus» der französischen Kommunisten in der Stalin-Ära, sondern auch den Ausschluss Roger Garaudys 1970 oder den Rückstand im Begreifen des Werts der «bürgerlichen» Freiheiten gegenüber der italienischen Bruderpartei. Doch bleibt diese Kritik partiell, findet in der Partei wenig Echo; Generalsekretär Marchais behauptet nach wie vor, «dass die Politik unserer Partei von ihrer Gründung bis zum 22. Parteitag, was das Wesentliche betrifft, den Interessen des Sozialismus sehr wohl dienlich war». (Pressekonferenz vom 25. Januar 1977.)

Der Grund für diese deutliche Zurückhaltung, aus dem Bekenntnis zu einem pluralistischen Sozialismus-Modell alle nötigen Konsequenzen zu ziehen, liegt, so paradox dies klingen mag, im bereits erreichten Ausmass des Wandels der Partei. Die Absage an das historische Vorbild der Oktoberrevolution und die Abkehr von einer fundamentalistischen Interpretation von Marx und Lenin sind nicht mehr, wie Georges Marchais verunsicherten Anhängern erläutert und die PCF-Forscherin Annie Kriegel der Partei nach wie vor vorhält, ein (oberflächlicher) «Wandel der Partei, um desto besser sie selbst zu sein»; sie betreffen den

Kern der bisherigen kommunistischen Identität, die beiden Mythen, die die Partei über alle taktischen Schwankungen, divergierenden Interessen und rivalisierenden Gruppen hinweg zusammengehalten und die noch bis vor kurzem das ideologische Bewusstsein der meisten Parteimitglieder bestimmt haben⁵. Altstalinisten sehen sich zwischen der Treue zur Sowjetunion und zur eigenen Parteiführung hin- und hergerissen, wenn etwa – in *Le Monde* vom 9. April 1977 – die Thorez-Gefährtin Jeannette Vermeersch Elleinstein und damit indirekt Marchais öffentlich «Antisowjetismus» vorwirft. Traditionelle Marxisten spüren den Widerspruch zwischen «revolutionären» Aussagen und der offiziellen Parteilinie, wenn etwa Louis Althusser und Etienne Balibar nachweisen, dass gerade der Begriff der «Diktatur des Proletariats» das Spezifikum der Marxschen Revolutionsstrategie ausmacht⁶. Junge Parteimitglieder – gegenwärtig verzeichnet die Partei jährlich knapp 20 Prozent Neuzugänge und 10 Prozent Abgänge bei insgesamt 550000 Mitgliedern – vermissen die Geborgenheit und ideologische Gewissheit, die für ihr Engagement bestimmend waren.

Die Parteiführung, ebenfalls zwischen der Logik der demokratisch-sozialistischen Strategie und der Sorge um den Erhalt der eigenen Institution hin- und hergerissen, versucht die Krise zu meistern, indem sie mehr denn je betont, was die leninistische Tradition mit der sozialdemokratischen verbindet: die Vorstellung von der Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse und damit der sozialistischen Bewegung. Im leninistischen Selbstverständnis war diese Avantgarderolle mit dem Deutungsmonopol des «wissenschaftlichen Sozia-

lismus» begründet, in der sozialdemokratischen Praxis als moralisches Postulat zur Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse verstanden worden (es ist zur Einschätzung des Wandlungsprozesses der Partei interessant zu sehen, wie in den Texten des 22. Parteitages die zweite Legitimation die erste verdrängt hat); in beiden Fällen diente sie als zusätzliches Mittel zur Identitätssicherung gegenüber der sozialistischen Bruderpartei, die in dieser Perspektive als weniger eifrig, weniger zuverlässig, stets bereit zum «Verrat» an der Arbeiterklasse erschien.

Linksunion: konfliktgeladen, aber dauerhaft

Wenn die Sozialisten von den Kommunisten trotz des gemeinsamen Regierungsprogramms immer wieder als «reformistisch» und «bereit zur Klassenkollaboration» angegriffen werden – so Marchais schon im Juni 1972 vor dem kommunistischen Zentralkomitee, unmittelbar nach Abschluss des Paktes mit der PS⁷ –, so geschieht dies in erster Linie, um der eigenen Basis die Berechtigung des Avantgarde-Anspruchs zu beweisen und ihren Zusammenhalt zu sichern. Die Polemik gegen die Sozialisten nimmt dabei um so schärfere Formen an, als dieser Anspruch immer weniger mit der Realität vereinbar ist und die PS die PCF als «erste Partei der Linken» abgelöst hat, sowohl in der Wählergunst als auch in der Formulierung der leitenden Themen und in der Erfassung aufsteigender sozialer Kräfte. War die PCF in den letzten 30 Jahren stets stärker als die sozialistische Partei und konnte sie noch bei den Parlamentswahlen vom März 1967 22,5 Prozent der Stimmen auf sich

vereinen, während auf Sozialisten und Radicaux zusammen nur 18,7 Prozent entfielen, so verbleiben ihr nach den Meinungsumfragen des Jahres 1977 gegenwärtig nur noch etwa 20 Prozent der Stimmen, während die PS allein mit 30 bis 34 Prozent rechnen kann und damit zur stärksten Partei des Landes überhaupt geworden ist.

Die linke Intelligenz fühlt sich nicht mehr wie seit 1936 zur PCF hingezogen, sondern drängt sich zur PS; darüber hinaus ist die traditionelle marxistische Diskussion nahezu abgestorben, während der libertäre Sozialismus in den Bestseller-Büchern der «neuen Philosophen» wie Glucksmann, Lévy, Clavel, Nemo, Castoriadis eine spektakuläre Neubelebung erfährt. Die Erben des Mai 1968, die Anhänger der Umwelt- und Lebensqualität-Bewegung, die aufsteigenden neuen Mittelschichten und Führungskräfte, sie alle tendieren heute am ehesten zur sozialistischen Partei.

Als Mittel zur Überwindung der Identitätskrise ist die antisozialistische Frontstellung der PCF freilich nur bedingt wirksam: sie mag vielleicht vordergründig zunächst die Geschlossenheit der Anhängerschaft wiederherzustellen, zugleich aber fördert sie die Krise indem sie die Glaubwürdigkeit des behaupteten Wandels erschüttert, damit die Sozialisten weiter stärkt und durch den Widerspruch zwischen Linksunionstrategie und antisozialistischer Intransigenz neue Orientierungsprobleme in den eigenen Reihen schafft. Eine erste Phase pauschaler Polemik gegen die PS, die die Parteiführung im Oktober 1974 unter dem Eindruck allgemeiner parteiinterner Unruhe über sozialistische Teilerfolge begonnen hatte, musste deshalb ein Jahr später wieder abgebrochen werden. Um den Avantgarde-An-

spruch trotz der Bevorzugung der PS durch die Wähler aufrechterhalten zu können und einen weiteren Erosionsprozess der Partei zu verhindern, hat die PCF-Führung seither drei Taktiken entwickelt:

Erstens appelliert sie über den Rahmen der Linksunion hinaus an traditionelle Gaullisten (mit denen sie einen aggressiven Nationalismus teilt), an Kleinbürger (durch Betonung eines jakobinischen Protektions- und Versorgungsdenkens) und Katholiken (denen sie neue Heilsgewissheit zu bieten scheint), um sie für eine «Union des französischen Volkes», eine Sammlung «aller lebendigen Kräfte der Nation gegen die Barone des Grosskapitals» zu gewinnen. Diese Taktik ist entgegen dem Anschein mehr nach innen als nach aussen gerichtet. Tatsächlich vermag sie nur wenige zusätzliche Kräfte für die Partei zu mobilisieren, dafür aber deren Zusammenhalt zu stärken, indem sie ihr weiterhin ein Selbstverständnis als Avantgarde innerhalb dieser «Volksunion» erlaubt, in der die Sozialisten nur als ein Bündnispartner unter vielen gesehen werden. Diese Taktik führt zur Forcierung der nationalistischen Positionen der PCF; sie verstärkt damit die Divergenzen zu den aussen- und wehrpolitischen Vorstellungen der PS.

Zweitens sucht die PCF ihre dominierende Position in den Betrieben und in der Gewerkschaftsbewegung zu behaupten und als Gegengewicht gegen das sozialistische Übergewicht im parlamentarischen Bereich auszubauen. Lange Jahre durch ihre engen Verbindungen mit dem Gewerkschaftsdachverband CGT nahezu als einzige politische Partei in den Arbeitskämpfen präsent, ist ihr auch auf diesem bisher sichersten Terrain durch die Annäherung an die

PS der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen, heute zweitgrössten Gewerkschaftszentrale CFDT eine gefährliche Konkurrenz erwachsen; zudem haben die Sozialisten begonnen, eigene Gruppen in den Betrieben aufzubauen und Arbeiter zu rekrutieren. Wenn die Erfolge dieser sozialistischen Offensive auch noch vergleichsweise bescheiden sind – so zählte die PS 1976 etwa 900 Betriebsgruppen, die PCF dagegen fast 8000; von den kommunistischen Parteitagsdelegierten waren 44 Prozent Arbeiter und 21 Prozent Angestellte, bei den Sozialisten (1977) dagegen nur 5 Prozent beziehungsweise 9 Prozent⁸ –, so sucht die PCF sie doch mit zuweilen drastischen Mitteln zu stoppen und ihre eigene Position in den Arbeitskämpfen auszubauen. In den gleichen Zusammenhang gehören die Forderungen nach Ausweitung des Nationalisierungsprogramms, die die Kommunisten im Sommer 1977 erstmals vorgebracht haben: Ihre Realisierung würde den Kommunisten ein Terrain zur Eroberung weiterer Machtpositionen eröffnen.

Drittens sucht sich die PCF in Fortführung ihrer Rolle als Volkstribun auch gegenüber der PS als «Anwalt des kleinen Mannes» zu profilieren, indem sie sich an die Spitze aller Forderungen nach Einkommensverbesserungen stellt. Daher hat Georges Marchais während der Aktualisierungs-Verhandlungen zum Gemeinsamen Programm demonstrativ von «70 Divergenzen» mit ihren Bündnispartnern gesprochen und insbesondere eine Erhöhung der Mindestlöhne um etwa 37 Prozent, der Mindestrenten um 11 Prozent und der Familienbeihilfen um 50 Prozent gefordert – Massnahmen, die

nach Schätzung sozialistischer Experten zu einer Inflationsrate bis zu 35 Prozent jährlich führen würden; deren Ankündigung drohte die Glaubwürdigkeit und die Erfolgchancen der Linksunion insgesamt zu beeinträchtigen.

Die kommunistischen Taktiken der Selbstbehauptung haben also zu einem Dauerkonflikt mit den Sozialisten (und auch mit dem linksradikalen Juniorpartner) geführt, der, 1975–1977 eher latent, seit Herbst 1977 wieder offen, die Linksunion immer neuen Belastungsproben aussetzt. Dennoch hat die PCF kein Interesse an einem Auseinanderbrechen der Linksunion oder einem vorzeitigen Ausscheren aus einer möglichen Linksregierung: einmal, weil die grosse Mehrheit der Partei ernsthaft an der Verwirklichung eines sozialistischen Regierungsprogramms interessiert ist, zumindest niemand bewusst die einzig mögliche Alternative: die Rückkehr in das Getto der totalen Opposition, wünscht, und jede Art sozialistischen Programms eben nur mit der Linksunion zu verwirklichen ist; zum zweiten, weil die PCF angesichts der Stärke der sozialistischen Partei und der Hoffnungen, die die Strategie der Linksunion bei der eigenen Klientel hervorgerufen haben, im Fall eines Bruchs mit ihren Bündnispartnern erst recht damit rechnen müsste, zu einer Randpartei abzusinken; zum dritten und vor allem, weil letztlich nur ein rasches Einrücken der kommunistischen Kräfte in die staatlichen Institutionen und die nationalisierten Wirtschaftszweige den Desintegrationsprozess der Partei aufhalten und ihrer Macht eine neue Grundlage geben könnte. So finden innerhalb der Parteiführung zwar ständige Auseinandersetzungen darüber statt, welches Mass an Intransigenz zur

Selbstbehauptung mit der Strategie der Linksunion vereinbar ist, doch stellt niemand diese Strategie selbst in Frage. Die Kommunisten haben in der Tat, wie Marchais nachdrücklich beteuert, «keine Alternativstrategie» zur Bündnispolitik mit den Sozialisten (so am 22. September 1977 im Fernsehen).

Noch weniger als die Kommunisten haben die Sozialisten Anlass und Möglichkeit, das gemeinsame Bündnis aufzukündigen. Mit der einzig denkbaren und von Staatspräsident Giscard d'Estaing seit seinem Amtsantritt gewünschten Alternative: einem Bündnis mit dem Reformismus der Mitte, hatten die Sozialisten in den Jahren der IV. Republik traumatische Erfahrungen machen müssen. In der Vertretung sozialistischer Positionen innerhalb der damaligen Mitte-Links-Koalitionen in der Minderheit hatte die SFIO – so der damalige Parteiname – mehr und mehr das Vertrauen ihrer Anhänger und damit weiteren Einfluss verloren, hatte sich in die «Affären» der IV. Republik verstrickt und war zu einer quasibürgerlichen Honoratiorenpartei herabgesunken, ohne Kontakt zur jüngeren Generation und weithin unfähig zur Erfassung neuer Probleme. Auch in der V. Republik war dieser Prozess nicht aufzuhalten, solange die Partei nicht eine eindeutige Alternativstrategie zur Ablösung der gaullistischen Mehrheit zu entwickeln wusste; 1969 verfügte sie allenfalls noch über 30000 effektive Mitglieder; ihr Präsidentschaftskandidat Gaston Defferre konnte ganze 5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Erst mit der Festlegung auf die Strategie der Linksunion in den Jahren 1969–1971 gelang die Erneuerung des französischen Sozialismus: die Sammlung nahezu der

gesamten nichtkommunistischen Linken in einer neu formierten PS, deren Anwachsen auf gegenwärtig 164000 Mitglieder, der Beginn einer intensiven Theoriediskussion, die Ablösung der Kommunisten als erster Partei der Linken und damit zum erstenmal seit 1936 die Aussicht auf eine mehrheitlich sozialistisch geführte Regierung⁹.

Nichts hält die junge und heterogene sozialistische Partei so stark zusammen wie die Genugtuung über den Erfolg der Strategie der Linksunion. Befürworter einer Koalition mit dem Zentrum haben die Partei inzwischen verlassen (so Max Lejeune und Eric Hintermann) oder verteidigen heute die Linksunion mit der Radikalität von Konvertiten (so Gaston Defferre und André Chandernagor). Trotz allen Attacken und «Verrats»-Unterstellungen der Kommunisten hat sich die PS immer wieder zur Linksunion bekannt und dabei an innerer Geschlossenheit gewonnen. Ein Bruch des Bündnisses wäre nur um den Preis des Auseinanderbrechens der Partei zu haben und würde den französischen Sozialismus in eine ungewisse Zukunft führen; ohne Unterstützung durch die Kommunisten bliebe die von der PS intendierte «stratégie de rupture» mit der Logik des kapitalistischen Systems ohne jede Erfolgchance. Trotz der Skepsis eines Teils (etwa 20 Prozent) der sozialistischen Wählerschaft gegenüber der Allianz mit den Kommunisten, trotz der kommunistischen Intransigenz und trotz einiger Gemeinsamkeiten in den politischen Überzeugungen des Präsidenten und mancher Sozialisten bleibt es daher ausgeschlossen, dass die PS-Führung auf eine Allianz mit dem Zentrum hinsteuert.

Die PS: führend, aber labil

Die Geschlossenheit in der Strategie und der Erfolg sind für die PS um so notwendiger, als es ihr bisher noch keineswegs gelungen ist, die unterschiedlichen «Kulturen» zu integrieren, aus denen sie hervorgegangen ist. Im wesentlichen sind es vier Bewegungen, die das komplexe Bild der heutigen PS bestimmen:

Die traditionellen SFIO-Notabeln und ihre Klientel, die in den früheren SFIO-Hochburgen – insbesondere im industriellen Norden und im Marseiller Raum – den Niedergang der Partei überdauert haben. In ihrer Bedeutung gemindert (nur noch 4 Prozent der Parteitagsdelegierten von 1977 gegenüber 37 Prozent 1973), von Pierre Mauroy, einst Nachfolgekandidat für den langjährigen SFIO-Generalsekretär Guy Mollet und heute erster Stellvertreter Mitterrands, mehr betreut als vertreten, sorgen sie doch für eine pragmatisch-populistische Grundströmung in der PS.

Die Aktivisten des CERES (Centre d'études, de recherches et d'éducation socialistes) um Jean-Pierre Chevènement, Didier Motchane, Georges Sarre. Als Gegenorganisation zur Umwandlung der «reformistischen» in eine «revolutionäre» Partei noch innerhalb der SFIO gegründet, wurde die CERES-Gruppe zum Sammelpunkt für einen Grossteil derjenigen, deren Parteiengagement vorwiegend durch negative Abgrenzungen bestimmt ist: durch ein unbewusstes Inferioritätsgefühl gegenüber der PCF und durch bewusste Abkehr von der SFIO-Tradition. Ihr Aktivismus und ihre Militanz haben zur Popularisierung marxistischer Themen in der Partei und zur Festlegung auf die Links-

union-Strategie beigetragen, freilich auch – mehr unbewusst – zur Übernahme leninistischer Aktionsformen, die in Widerspruch zu ihrer offiziellen «Selbstverwaltungs»-Ideologie stehen.

Die politische Gegenelite um François Mitterrand: Führungskräfte und -talente aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und – zum geringeren Teil – Wirtschaft, die von der Notwendigkeit einer Ent-Etatisierung der französischen Gesellschaft und/oder einer stärkeren gesellschaftlichen Kontrolle des Wirtschaftslebens überzeugt sind und für deren politische Ambitionen es daher unter der bisherigen Regierungsmehrheit keine Verwendung gab. Zu ihnen zählen ehemalige Mollet-Kritiker der SFIO (etwa Gérard Jaquet, Albert Gazier), Weggefährten Mitterrands aus den «Clubs» der sechziger Jahre (Louis Mermaz, Pierre Joxe), Linksgaullisten der Ära Chaban-Delmas (Jacques Delors, Edgard Pisani) sowie eine Vielzahl jüngerer Talente, deren Karriere erst nach dem Aufstieg der PS begann (etwa Lionel Jospin, Jean-Pierre Cot, Jacques Attali). Meistens den Traditionen eines linken Keynesianismus verpflichtet, zum Teil marxistisch orientiert, stellen ihre führenden Vertreter heute die Mehrheit der Parteileitung und bereiten sich auf die Übernahme der Führungspositionen des Staates vor.

Die libertären Sozialisten, eine breite Bewegung aus Linkskatholiken, CFDT-Gewerkschaftlern, Erben des Mai 1968 und der linkssozialistischen PSU, ökologischen, regional-autonomistischen und kulturkritischen Basisgruppen, meist aus der jüngeren Generation der städtischen Bourgeoisie, deren Ideen und Praxiserfahrungen – insbesondere das «Selbstverwaltungs»-Prinzip («autogestion») – heute weitgehend das

theoretische Konzept der PS bestimmen. Zu einem kleinen Teil ist auch diese Bewegung im CERES organisiert, zum grösseren Teil um Organe wie «Faire», «Libre», «Esprit» und den «Nouvel Observateur» gruppiert, mit Querverbindungen zu intellektuellen Linken, die bewusst Gegenpositionen zu dem eher kollektivistisch-marxistischen Denken der CERES-Führungsgruppe beziehen.

In den Jahren der Neuformation 1971–1973 wurde der Kurs der Partei von einer Koalition von Mitterrandisten und CERES-Führern dirigiert. Die wachsende Intransigenz des von 8 Prozent der Mandate des Parteitag von 1971 auf inzwischen 25 Prozent angewachsenen CERES führte Mitterrand jedoch auf dem Parteitag von Pau Anfang 1975 zum Bruch mit den Wegbereitern der Linksunion-Strategie. Seither gewannen die im Laufe des Jahres 1974 massiv in die Partei eingetretenen «Libertären» zunehmend an Bedeutung; auf dem Parteitag von Nantes im Juni 1977 konnte ihr führender Repräsentant, der einstige PSU-Vorsitzende Michel Rocard, offen den Führungsanspruch seiner Richtung anmelden¹⁰. Tatsächlich wird der Parteikurs heute wesentlich durch eine – von inneren Konflikten allerdings nicht freie – Koalition der keynesianischen und libertären Linken bestimmt; die 1976/77 im Vergleich zu früheren Jahren deutlicheren Bekenntnisse der Partei zum Eigenwert marktwirtschaftlicher Elemente in einem sozialistischen Wirtschaftssystem und die deutlich offensiver gewordene Verteidigung des freiheitlichen Sozialismus gegenüber dem kommunistischen Avantgarde-Konzept sind darum nicht Ausdruck von opportunistischer Taktik mit Blick auf den

nahen Wahltermin, sondern eine Folge der Verschiebung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse. Die keynesianisch-libertäre Koalition wird zunächst den Kurs einer Regierung der Linksunion bestimmen. Freilich ist nicht auszuschliessen, dass sie zunehmend unter den Druck der nach wie vor starken kollektivistisch-marxistischen und jakobinischen Tendenzen geraten wird, zumal wenn diese durch den kommunistischen Bündnispartner wesentliche Verstärkung erfahren.

Innerhalb der PS bleibt die Entscheidung um die künftige Orientierung vorläufig offen: François Mitterrand hatte zwar nach einer Reihe schwerer innerparteilicher Auseinandersetzungen – über die Europapolitik, die Opportunität weiterer Nationalisierungen, die Taktik gegenüber den Kommunisten – im Frühjahr 1977 seine ganze beträchtliche Autorität aufgewandt, um der Partei eine einheitliche Ausrichtung zu geben; das Ergebnis seiner Anstrengungen war jedoch nur eine vordergründige disziplinarische Geschlossenheit um den Preis der Eindeutigkeit. Auf dem Parteitag von Nantes musste die auf 23,9 Prozent Stimmenanteil leicht reduzierte CERES-Gruppe ihre eigenständige Organisationsstruktur aufgeben. Ihre Rückkehr in die Führungsorgane, von einer breiten Grundströmung in der Partei als Gegenleistung gewünscht, wurde zwar von Mitterrand verhindert; doch blieb eine Sachdiskussion über die unterschiedlichen Positionen aus. Mitterrands Spielraum in der Partei ist grösser denn je, doch tragen seine zuweilen recht autokratischen Führungsmethoden nicht zur Integration der heterogenen «courants» bei und vergrössern noch das Problem seiner Nachfolge als

Parteiführer, das sich im Falle einer Regierungsübernahme stellen müsste.

Nötig wäre eine stärkere Integration aber um so mehr, als die Beziehungen der PS zu ihrer grossen neuen Wählerschaft noch vergleichsweise – im Gegensatz zu den Kommunisten – oberflächlich und ephemere sind. Die soziologische Struktur von sozialistischer Wählerschaft und PS-Mitgliedern kluft weit auseinander. Während die Wähler ziemlich genau die soziale Zusammensetzung des Landes widerspiegeln – 34 Prozent von ihnen sind Arbeiter, 24 Prozent Angestellte, 19 Prozent Inaktive, die übrigen zu etwa gleichen Teilen Landwirte, Angehörige freier Berufe, des gewerblichen Mittelstands und Führungskräfte –, zeigt eine Untersuchung der Parteitagsdelegierten 1977 nach wie vor den dominierenden Anteil von Lehrern aller Kategorien (36 Prozent) sowie technischen und sonstigen Führungskräften (35 Prozent) unter den Parteimitgliedern. Der Zuwachs an neuen Mitgliedern, in den «Gründerjahren» 1971–1974 ausserordentlich rapide, hat sich seither merklich verlangsamt. Nimmt man hinzu, dass 19 Prozent der 1977 sozialistisch orientierten Wähler bei den Präsidentschaftswahlen 1974 noch für Giscard d'Estaing gestimmt hatten, so wird deutlich, dass sich die PS erst in der Praxis der Regierungsverantwortung bewähren muss, um ihren gegenwärtigen Vertrauensvorschuss in eine solide Massenbasis für eine sozialistische Politik verwandeln zu können¹¹.

Eine enge Verbindung von Partei und Wählerschaft ist indessen unerlässlich, wenn es den Sozialisten gelingen soll, die zahlreichen Schwierigkeiten zu überwinden, mit denen sie in einer Regierung der Linksunion rechnen muss:

die wirtschaftliche Depression, die Gegnerschaft von mehr als der Hälfte der Unternehmer und Wirtschaftsführer, die Skepsis der europäischen Nachbarn, die Aggressivität eines geschwächten kommunistischen Koalitionspartners. Die Führungsmannschaft um Mitterrand ist daher bemüht, sich systematisch auf die Regierungsverantwortung vorzubereiten. Mitterrand hat seine ausserpolitischen Kontakte intensiviert und dabei insbesondere eine deutliche Klimaverbesserung im gespannten Verhältnis der PS zur bundesdeutschen SPD erreicht. Seit mehr als zwei Jahren treffen sich die Experten der Partei, von einer grossen Zahl von Fachkräften aus den Ministerien und der hohen Verwaltung unterstützt, regelmässig in über 60 verschiedenen Arbeitsgruppen, um die Dossiers für eine sozialistische Regierungspolitik zu erarbeiten. Ein Plan zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise durch Kaufkraftsteigerung, Schaffung neuer Arbeitsplätze im öffentlichen und nationalisierten Bereich, planmässigen Ausbau zukunftsträchtiger Industrien und Stärkung der Positionen von Arbeitnehmern und Verbrauchern wird halbjährlich anhand der neuesten Wirtschaftsdaten überarbeitet. So gibt es zum erstenmal in der V. Republik eine Art «Gegenregierung».

*Programme commun II:
wechselseitige Überreizung*

Die Konzentration der «Gegenelite» auf die PS und ihr öffentliches Auftreten als rein *sozialistische* Alternative haben die Befürchtungen der PCF noch verstärkt, nach einem Wahlsieg der Linksunion mehr und mehr an den

Rand gedrängt zu werden. In der Tat suchte sich Mitterrand wie schon während des Präsidentschaftswahlkampfes 1974 für die künftige Regierungspolitik einen ebensogrossen Spielraum in der Linksunion zu verschaffen, wie er ihn in der eigenen Partei schon besitzt: Um die Verbindlichkeit des von seinen ökonomischen Daten her veralteten Gemeinsamen Programms von 1972 zu reduzieren und den Kommunisten keine neuen bindenden Zusagen machen zu müssen, suchte er die – auch in den eigenen Reihen, insbesondere von Michel Rocard, geforderte – Aktualisierung dieses Programms zunächst zu verhindern und bemühte er sich sodann, den Umfang der Aktualisierung möglichst gering zu halten. Demgegenüber setzte die kommunistische Parteiführung im Frühjahr 1977 umfangreiche Neuverhandlungen durch, stellte zur Bekräftigung ihres Avantgarde-Anspruchs demagogische Maximalforderungen auf und trug die Differenzen während der Sommermonate demonstrativ in die Öffentlichkeit. Nur so war es ihr möglich, ein Gegengewicht gegen den generell prosozialistischen Trend zu schaffen; nach den Wahlen, wenn die Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Linken definitiv bestätigt wäre, könnte sie nämlich keine neuen Ansprüche mehr geltend machen, sondern sich nur noch auf das berufen, was zuvor so öffentlich und verbindlich wie möglich festgelegt worden ist.

Die Sozialisten reagierten auf die kommunistische Offensive des Sommers 1977 entsprechend der Stärkung ihrer keynesianischen und libertären Richtungen mit ebenso demonstrativer Zurückweisung, bestärkten damit jedoch nur den Entschluss der PCF-Führung,

es noch vor den Wahlen auf die entscheidende Kraftprobe ankommen zu lassen. In der Frage der Nationalisierungen – Kernpunkt der Auseinandersetzungen – beharrten die Sozialisten auf einer Beschränkung auf die im Programm von 1972 genannten neun zu verstaatlichenden Schlüsselunternehmen, während die Kommunisten zusätzlich die Einbeziehung von deren Tochtergesellschaften und sechs weiterer Unternehmensgruppen (insgesamt 1450 Einzelunternehmen) verlangten. Mehr als 227 Firmen glaubten die Sozialisten schliesslich nicht zugestehen, weniger als 729 die Kommunisten nicht akzeptieren zu können, ohne in der Öffentlichkeit als Verlierer der Kraftprobe zu erscheinen. Damit war der Eklat vom 23. September unvermeidlich geworden.

Die Entscheidung über den Ausgang der Krise liegt bei den Kommunisten: Die Sozialisten zeigen sich nicht zu Vorleistungen bereit, demonstrieren aber Gesprächsbereitschaft und gelten in der Öffentlichkeit mehr denn je als kompetente Alternative zur gegenwärtigen Regierungsmehrheit¹², während es den Kommunisten trotz massiver Propaganda schwerfällt, selbst die eigene Anhängerschaft von der «Rechtsabweichung» der PS als Ursache der Krise zu überzeugen. Die Stärke der Bewegung für eine gemeinsame Regierung der Linken zwingt die PCF-Führung, sich auf die Bedingungen der sozialistischen Initiative einzulassen oder aber endgültig mit der Linksunion zu brechen. Ein solcher Bruch würde eintreten, wenn sich die Kommunisten entschliessen sollten, im zweiten Wahlgang der kommenden Parlamentswahlen nicht für sozialistische Kandidaten mit relativer Mehrheit zu stimmen und damit die sichere Niederlage der Links-

union herbeizuführen. Die Parteiführung schreckt zwar insgesamt vor einem derartigen politischen Selbstmord zurück; es ist jedoch nicht auszuschliessen, dass die im Politbüro gegenwärtig dominierende Fraktion der «Intransigenten» die antisozialistische Polemik aus Furcht vor dem Verlust der eigenen Identität weiter treibt, als es mit der Linksunion-Strategie objektiv vereinbar ist.

Wahrscheinlicher ist indessen, dass die PCF um ihrer Selbsterhaltung willen doch noch die Juniorrolle innerhalb der Linksunion zu akzeptieren lernt und im Falle eines Wahlsiegs der Linken als Koalitionspartner zur Verfügung steht, unabhängig davon, ob sie die antisozialistische Polemik auch während des Wahlkampfes fortführt oder auf die sozialistischen Kooperationsangebote eingeht. Dass die grundsätzliche Auseinandersetzung der französischen Linken zwischen staatssozialistischen und libertären Tendenzen schon vor den Wahlen ausgetragen wird, könnte einer Regierung der Linksunion sogar nützen. Freilich: Solange eine Einigung über die strittigen Punkte des Gemeinsamen Programms aussteht (und gegenwärtig gibt es keine Anzeichen für eine Aussöhnung), kann die Linksunion ihren Ende 1977 nur knappen (3 Prozent) Vorsprung in der Wählergunst nicht ausbauen, und gefährdet die wachsende Abneigung sozialistischer wie kommunistischer Wähler, im Falle eines zweiten Wahlgangs auch für einen Kandidaten des Bündnispartners zu stimmen, ihren Wahlsieg¹³. Insofern ist die Zukunft der V. Republik tatsächlich wieder offen.

Wilfried Loth

¹Vgl. Wilfried Loth, Sozialisten und Kommunisten in Frankreich: Zwischenbilanz einer Strategie, in: Europa-Archiv 30 (1975), S. 39–50. – ²Schlussdokument des 22. Parteitags 1976, in: Le socialisme pour la France, Paris 1976, Zitat S. 193. – ³Vgl. u. a. Heinz Timmermann, Der «Eurokommunismus» in Mehrzahl, in: Schweizer Monatshefte 57, Juli 1977, S. 277–293. – ⁴Zitate aus: Jean Elleinstein, Le P. C., Paris 1976; Réflexions sur le marxisme, la démocratie et l'alternance, in: Pouvoirs 1, 1977. Vgl. Entretien avec Jean Elleinstein sur le phénomène stalinien, la démocratie et le socialisme, in: Esprit, Februar 1976; Jean Elleinstein, Histoire du phénomène stalinien, Paris 1976; Lettre ouverte aux citoyens de la République du Programme commun, Paris 1977; Prélude à une France socialiste, Paris 1977. – ⁵So die Ergebnisse von André Harris und Alain de Sédouy, Voyage à l'intérieur du parti

communiste, Paris 1974. – ⁶Louis Althusser in einer Rede vom 23. 4. 1976; Etienne Balibar, La dictature du prolétariat, Paris 1976. – ⁷Vgl. Etienne Fajon, L'Union est un combat, Paris 1975. – ⁸Kathleen Evin / Roland Cayrol, Les partis politiques dans les entreprises, Projet, Juni 1976; Colette Ysmal, La gauche française et les classes sociales, ebda. – ⁹Vgl. Wilfried Loth, Der französische Sozialismus in der Vierten und Fünften Republik, in: Neue Politische Literatur 22 (1977), S. 221–243. – ¹⁰Vgl. den Text seiner Parteitagrede in: Faire, Juli 1977. – ¹¹Vgl. Roland Cayrol / Jérôme Jaffré, A l'image de la structure sociale française, Le Monde 22. 3. 1977; sowie die Enquête IFOP-Le Point 27. 6. 1977. – ¹²So die Ergebnisse einer Meinungsumfrage der Sofres, Le Nouvel Observateur 17. 10. 1977. – ¹³Ebda.

JENSEITS DER REZESSION

Brennende Wirtschaftsfragen der Gegenwart

Die gegenwärtige internationale Wirtschaft gleicht einem Schiff, von dem niemand recht weiss, wie schnell es fährt und wohin es fährt. Entsprechend unterschiedlich ist auch die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung. Zwar gilt die Rezession weltweit als überwunden, zumindest dann, wenn auf den Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts in den wichtigsten Industrieländern oder auf die Steigerung des Welthandels abgestellt wird.

Andererseits sind wir mit einer Reihe unerfreulicher Erscheinungen konfrontiert, die das Vertrauen in einen Wirt-

schaftsaufschwung auf breiter Front ausserordentlich belasten. Um nur einige der brennendsten Probleme anzudeuten: anhaltende Inflation, hohe Arbeitslosigkeit, heftige Schwankungen der Wechselkurse, wachsende Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte, zunehmende internationale Verschuldung, ungeklärte Rohstoff- und Energieprobleme, soziale Unzufriedenheit und Zweifel an der Funktionstüchtigkeit unserer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Der von der Wissenschaft während Jahrzehnten suggerierte Glaube, die Wirtschaft spiele sich in

einem errechenbaren Bezugssystem ab und sei deshalb auch entsprechend lenkbar, hat angesichts der zahlreichen Misserfolge auf diesem Gebiet einen schweren Schlag erhalten. Zu allem Überdruß belasten die pessimistischen Perspektiven des «Club of Rome» unsere Zukunftserwartungen.

Das ungelöste Inflationsproblem

Zunächst ein Wort zum nach wie vor ungelösten Inflationsproblem. Wenn dieses Thema an den Anfang gestellt wird, so deshalb, weil die Inflation eines der grössten Hindernisse des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ist. Dies gilt insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung im weltweiten Rahmen. Um so verhängnisvoller ist der – gerade in jüngster Zeit wieder um sich greifende – Glaube, die Inflation sei notwendigerweise der Preis für die Aufrechterhaltung des Wachstums und insbesondere der Vollbeschäftigung. Wie die Praxis zeigt, trifft diese Milchmädchenrechnung jedoch nicht zu. Hohe Inflationsraten schützen weder vor Arbeitslosigkeit noch garantieren sie ein gesundes Wirtschaftswachstum.

Welches sind nun die wichtigsten Inflationsursachen?

- Die erste ist die trotz Rezession und Arbeitslosigkeit von Lohnerhöhungen ausgehende Kosten- und Preissteigerung. Solange die – in der Regel gewerkschaftlich – durchgesetzten Lohnerhöhungen über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs hinausgehen, sind sie der primäre Inflationsmotor.
- Die zweite Inflationsquelle besteht im Anstieg der Importgüterpreise,

entweder als Folge einer Verteuerung der Rohstoffe und Energieträger auf den Weltmärkten, oder, wie im Falle von Schwachwährungsländern, aufgrund des ungünstigen Austauschverhältnisses der eigenen Währung gegenüber höher bewerteten ausländischen Währungen.

- Die dritte Inflationsursache ist eine expansive Geld- und Fiskalpolitik. Trotz des Siegeszuges des sogenannten «Monetarismus» wird hier noch viel gesündigt.

Dass und wie das Inflationsproblem – zumindest weitgehend – zu lösen ist, vermag das Beispiel der Schweiz zu zeigen. Obwohl die Schweiz neben Belgien und Holland das Land mit der grössten wirtschaftlichen Auslandabhängigkeit ist, weist sie mit einer Inflationsrate von 1,4 Prozent im Jahresdurchschnitt gegenwärtig die niedrigste Teuerung der Welt auf. Diese erfreuliche Situation ist einerseits eine Folge der 1975 eingetretenen Stabilität, der intakt gebliebenen Sozialpartnerschaft, des gesamtwirtschaftlichen Verantwortungsbewusstseins der Gewerkschaften, der Stärke des Schweizer Frankens und der geschickten Währungs- und Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank.

Die labile Währungsordnung

Im Gegensatz zum Inflationsdilemma ist das System flexibler Wechselkurse eine Tatsache, mit der wir uns noch lange Zeit abfinden müssen. Der Übergang zum Floating hat immerhin bewirkt, dass ein Teil der massiven Dollarzuflüsse in die europäischen Hartwährungsländer Ende der sechziger Jahre gebremst und fundamentale

Preis-Kosten-Ungleichgewichte zwischen einer Reihe von Ländern weitgehend korrigiert wurden. Wie jedoch das in der letzten Zeit erneut gestiegene Inflationsgefälle zeigt, haben die internationalen Preis-Kosten-Disparitäten wieder zugenommen und die Labilität unseres Währungssystems verstärkt. Solange aber jedes Land seine eigene, vorwiegend nur nach innenpolitischen Gesichtspunkten ausgerichtete Preis-, Geld- und Konjunkturpolitik betreibt, bleibt die Rückkehr zu einem geordneten Währungssystem eine Illusion.

Eine Illusion ist es auch, politisch völlig selbständig und unabhängig voneinander agierende Länder über eine Wirtschaftsunion zu einer politischen Gemeinschaft werden zu lassen. Ein Beispiel dafür ist das Schicksal der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Nicht einmal das viel einfachere und weitaus weniger kapriziöse Gebilde der Europäischen Währungsschlange vermag sich am Leben zu erhalten.

Im Unternehmensbereich erschwert das System flexibler Wechselkurse vor allem die Kalkulation der Exporteure und verursacht zudem hohe Kurssicherungskosten. Noch höher sind aber die Einsätze der Notenbanken, wenn sie versuchen, durch Interventionen am Devisenmarkt starke Wechselkursausschläge zu verhindern. Nach einer Schätzung der Federal Reserve Bank of New York «investierten» die Zentralbanken der führenden Industrieländer allein in den Monaten Mai-Juli dieses Jahres rund 22 Mrd Dollar in solche Devisenmarkttransaktionen. Seit der Freigabe der Wechselkurse dürften über 215 Mrd Dollar für Interventionszwecke aufgewendet worden sein.

Vom System der flexiblen Wechsel-

kurse hat man sich vor allem einen automatischen Ausgleich der Zahlungsbilanzen erhofft. Von diesem Ziel sind wir jedoch noch weit entfernt. Auch wenn der Erfahrungszeitraum noch verhältnismässig kurz ist, um gültige Schlüsse zu ziehen, und überdies zahlreiche Sonderfaktoren wie die Ölpreishausschüsse und die weltweite Rezession die Entwicklung der Volkswirtschaften massiv gestört haben, so lässt sich doch heute sagen, dass das Floating allein den Ausgleich der Zahlungsbilanzen nicht garantiert.

Seit dem Übergang zum Floating ist beispielsweise der Wechselkurs des Schweizer Frankens um über 50 Prozent gestiegen. Der Schweizer Franken hat damit die höchste Aufwertung unter allen Währungen der Welt erfahren. Aufgrund dieser Entwicklung hätten die Exporte abnehmen und die Importe zunehmen, und die Handels- und Ertragsbilanz hätte defizitär werden müssen.

Eingetreten ist indessen genau das Gegenteil: die traditionell passive Handelsbilanz wurde aktiv, und die Ertragsbilanz schloss im vergangenen Jahr mit einem Rekordüberschuss von nahezu 9 Mrd Fr. beziehungsweise 1400 Fr. pro Kopf der Bevölkerung ab. Der Grund dafür liegt darin, dass die Exporte weit weniger als angenommen wurde von den Wechselkursen abhängig sind und auch bei einem Wechselkursvorteil nicht mehr Güter eingeführt werden, als hierfür Bedarf besteht.

Selbstverständlich hat die Wechselkursresistenz des Exports ihre Grenzen. Sie ist vor allem dann erreicht, wenn die Möglichkeiten der Kosteneinsparungen, der Gewinnreduktion, der günstigen Exportfinanzierung usw. ausgeschöpft sind. In diesem Fall, der für

die wichtigsten Hartwährungsländer zutreffen dürfte, müssten weitere grössere Aufwertungen ihrer Währungen zu starken Exportausfällen und zu erhöhter Arbeitslosigkeit führen.

Die instabile Währungssituation wird sich erst dann beruhigen und zu einigermaßen stabilen Verhältnissen führen, wenn das hohe internationale Inflationsniveau und das grosse Inflationsgefälle zwischen den Ländern abgebaut sind.

Die Zukunft der Entwicklungsländer

Die Entwicklungsländer sind zu den grössten Schuldnern der übrigen Welt geworden. Der Gesamtbetrag ihrer öffentlichen Auslandschulden erreichte Ende 1974 – sofern man die stärker entwickelten europäischen Mittelmeerländer und die Erdölländer ausklammert – gemäss Weltbank knapp 130 Mrd Dollar und dürfte sich bis Ende 1976 auf rund 180 Mrd Dollar oder 840 Dollar pro Kopf der Bevölkerung der USA erhöht haben.

So ausserordentlich hoch diese Verschuldungsziffern auch sind, so dürfen sie und die daraus entstehenden Probleme nicht überschätzt werden. Beispielsweise verfügt eine Reihe von Entwicklungsländern auch über beträchtliche eigene Mittel. So hatten Ende 1976 die Entwicklungsländer ohne Erdölvorkommen allein gegenüber international tätigen Banken Guthaben von annähernd 50 Mrd Dollar. Ausserdem haben sich mehrere Entwicklungsländer des asiatischen und lateinamerikanischen Raumes bereits zu verhältnismässig stark diversifizierten Volkswirtschaften mit beachtlichem Exportpotential entwickelt. Kurioserweise sind einzelne Entwicklungsländer sogar zu in-

ternational bedeutenden Finanzplätzen aufgestiegen. Hierzu gehört zum Beispiel der Stadtstaat Singapur, der heute den Schwerpunkt des Asian Dollar Market bildet.

Das Bild, das die Entwicklungsländer heute bieten, ist somit keineswegs hoffnungslos. Es sind – wenn man von den Regionen mit besonders ungünstigen Bedingungen absieht – durchaus Länder mit Zukunft. Eine wichtige Voraussetzung ist allerdings, dass die Industrieländer nicht passiv beiseitestehen, sondern zur direkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur finanziellen Unterstützung bereit sind.

Das heisst nun aber nicht, dass eine Entwicklungshilfe um jeden Preis die richtige wäre. Kredite für Projekte in Entwicklungsländern sollten vielmehr nur dann gewährt werden, wenn die Investitionen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes tatsächlich von Nutzen sind. Ein Erfolg der Entwicklungspolitik ist nämlich insbesondere nur dann zu erwarten, wenn die Entwicklungsländer zuerst einmal ausreichende Voraussetzungen für private Investitionen schaffen und aufrecht erhalten. Dazu gehören insbesondere politische Stabilität und eine Rechtsordnung, die auch die Garantie des privaten Eigentums einschliesst. Wo diese Voraussetzungen fehlen, wird erstens die private Investitionstätigkeit ausbleiben und zweitens jede öffentliche Entwicklungshilfe insofern tendenziell zur Alibi-Übung, als die betreffenden Gelder meistens falschen Stellen zufließen und in der Regel nur wenig zur wirtschaftlichen Besserstellung breiter Bevölkerungsschichten beitragen.

Selbst unter günstigen Voraussetzungen ist jedoch vor der Illusion zu warnen, das Wohlstandsgefälle zwischen

den entwickelten Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt könne mehr oder weniger ganz beseitigt werden. Der Grund dafür liegt nicht so sehr in den Schwierigkeiten, den einige Jahrhunderte alten Entwicklungsprozess der heutigen Industrienationen in wenigen Generationen technisch-wirtschaftlich nachzuholen. Der Hauptgrund liegt vielmehr in der Unmöglichkeit, fundamentale Unterschiede klimatologischer, ethnologischer, soziologischer und psychologischer Natur in absehbarer Zeit ausgleichen zu können. Diese Feststellung mag in der heutigen überpolitischen Nord-Süd-Euphorie ignoriert werden, an ihrer Richtigkeit ändert das nichts.

Was im Rahmen der Nord-Süd-Beziehungen von den wirtschaftlich entwickelten Staaten vorerst getan werden kann, ist, die Länder der dritten und vierten Welt bei der Errichtung eigener Industriebetriebe und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu unterstützen, die Absatzmärkte für Produkte aus diesen Ländern offen zu halten und zur Stabilisierung der Exporteinnahmen dieser Länder durch einen Ausgleich der Preisschwankungen bei den Rohstoffen beizutragen. Auf letzterem Gebiet sind die Industriestaaten den Entwicklungsländern mit ihrer Zustimmung zu einem Fonds für die Finanzierung des Rohstoffprogramms der UNCTAD bereits einen bedeutenden Schritt entgegengekommen. Dagegen muten andere Forderungen der Verfechter einer sogenannten «neuen Weltwirtschaftsordnung» nicht nur unüberlegt an, sondern stellen eine effiziente Entwicklungshilfe selbst in Frage. So etwa der Ruf nach vermehrter und willkürlicher Verstaatlichung von Produktionsanlagen.

Die ideologischen Implikationen und die zeitweise grotesk anmutende Verpolitisierung des Nord-Süd-Dialogs verheisst für die Zukunft der Entwicklungsländer nicht allzuviel Gutes.

Das Dilemma der Arbeitslosigkeit

Ein wirtschaftspolitisches Problem, das die Industrieländer und die unterentwickelten Länder gemeinsam haben, ist die Arbeitslosigkeit. Sie gilt heute in den meisten Ländern als das wirtschaftspolitische Problem Nummer Eins. Insgesamt soll es in der Welt gegenwärtig 125 Millionen Arbeitslose geben. Allein in den 24 OECD-Ländern sind 17 Millionen Menschen ohne Arbeit. Rund 40 Prozent dieser Arbeitslosen sind Jugendliche unter 25 Jahren.

Diese Zahlen und die Schicksale, die sich dahinter verbergen, sind erschreckend. Dennoch ist diesen Zahlen und vor allem deren politischen Interpretation mit einigen Vorbehalten zu begegnen. Zunächst wird in den einzelnen Ländern der Begriff der Arbeitslosigkeit keineswegs einheitlich verstanden. Ausserdem sind die Methoden der statistischen Erfassung der Arbeitslosen meistens von Land zu Land verschieden. So sind beispielsweise die in der Bundesrepublik Deutschland oder in Grossbritannien erhobenen Zahlen gemessen an den Erhebungsmethoden der USA oder Kanadas zu hoch. Andererseits werden aber auch die Zahlen der amerikanischen Arbeitslosenstatistik als zu hoch beurteilt, insbesondere wegen der automatischen Zählung aller im Studium befindlichen Jugendlichen über 16 Jahren sowie jener Personen, welche die Erwerbstätigkeit freiwillig aufgegeben haben, wie zum

Beispiel Hausfrauen. Damit soll nur angedeutet sein, dass die Statistik keinen sicheren Masstab für die effektiv vorhandene Arbeitslosigkeit darstellt.

Dies wird noch deutlicher, wenn die Arbeitsfähigkeit und insbesondere die Arbeitswilligkeit mitberücksichtigt wird. Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass in Ländern mit ausgebautem Sozialversicherungswesen und leistungsfähigen Arbeitslosenversicherungen der soziale Schutz nicht als Schutz vor unverschuldeter Not, sondern als Schutz vor der Arbeit, das heisst als Alternative zur Erwerbstätigkeit verstanden wird. In Grossbritannien erhält beispielsweise ein Arbeiter mit drei Kindern und einem jährlichen Durchschnittseinkommen von rund 2600 Pfund eine Arbeitslosenentschädigung, die sogar um 5 Prozent höher ist als das zuletzt bezogene Arbeitseinkommen nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben. In das gleiche Kapitel gehört auch die geringe Bereitschaft, gegebenenfalls etwas weniger qualifizierte Arbeit oder Arbeit mit einem etwas längeren Arbeitsweg anzunehmen. Arbeitslosigkeit ist also noch lange nicht immer Arbeitslosigkeit.

Ferner ist es etwas anderes, ob es sich um die Arbeitslosigkeit in Entwicklungsländern, in den Ölländern oder in den Industrieländern handelt. In den Entwicklungsländern haben wir es mit einer säkularen Arbeitslosigkeit zu tun. Sie hat ihre Hauptursache in einer Bevölkerungsvermehrung, deren Wachstumsrate fünf- bis sechsmal so hoch ist wie jene in Europa und dem – zum Teil beträchtlichen – Wachstum der Wirtschaft einfach davonläuft. Es gibt keine freien Produktionskapazitäten, es gibt nur zu viele Menschen. In den Ölländern dagegen haben wir

in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte wie Saudi-Arabien und den Scheichtümern am Persischen Golf überhaupt keine Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitskräftemangel. In den Industrieländern ist die Situation wesentlich differenzierter. Im grossen und ganzen handelt es sich aber weniger um eine konjunkturelle, sondern mehr um eine strukturelle Arbeitslosigkeit. Zu ihren Hauptursachen gehören: Überexpansion einzelner Wirtschaftsbranchen während der Hochkonjunktur, veraltete Produktionseinrichtungen, die Nichtbeachtung technologischer Umwälzungen, Verbürokratisierung der Wirtschaft, Divergenz zwischen dem Ausbildungsprofil – vor allem der jüngeren Generation – und dem Ausbildungsbedarf der Wirtschaft usw.

Hält man sich diese Ursachen vor Augen, so ist es offensichtlich, dass durch Mittel wie Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs oder Herabsetzung des Pensionsalters einer weitgehend strukturell bedingten Arbeitslosigkeit nicht beizukommen ist. Das gleiche gilt für eine Reihe sogenannter konjunkturstimulierender steuerlicher Massnahmen und für die meisten staatlichen Vollbeschäftigungsprogramme und Konjunkturspritzen.

Für die Beurteilung der Zukunft kommt es meines Erachtens weitgehend auf den Verlauf der Innovationskurve an. Gegenwärtig dürfte das Tief mit Bezug auf gesamtwirtschaftlich bedeutsame Innovationen auf wichtigen Gebieten bereits überwunden sein. Die letzte technologische Revolution, die in die Zeit des Zweiten Weltkrieges und noch einige Jahre darnach fällt, war eine der Haupttriebkkräfte für den ausserordentlichen Wirtschaftsaufschwung der ganzen Nachkriegsperiode. Mit dem

Abklingen des Innovationszyklus kam auch die Investitionstätigkeit zum Erlahmen, eine Situation, an der unsere industriellen Volkswirtschaften heute in erster Linie leiden. Der Ruf nach vermehrten Investitionen der Privatwirtschaft zur Arbeitsplatzbeschaffung ist zwar richtig, nützt aber nichts, so lange nicht mindestens zwei Bedingungen gegeben sind: erstens muss die Technologie so viel Neues und Fortschrittliches bieten, dass eine Investition einen Entwicklungssprung nach vorne und nicht nur eine Verbesserung bestehender Anlagen bedeutet, und zweitens muss die Vermarktung der neuen Produkte ein so günstiges Preis-Kosten-Verhältnis aufweisen, dass sich die Investition lohnt.

Die erste Frage ist, wann das Innovationsbarometer wieder steigt und auf Schönwetter zeigt. Meiner Meinung nach sind wir nicht mehr weit davon entfernt. Auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft und Technik sind in den letzten Jahren Verfahren und Möglichkeiten entwickelt worden, die mit raschen Schritten der Produktionsreife entgegengehen. Die Anfänge, wie beispielsweise die Mikroprozess-technik zeigt, sind schon gemacht.

Die zweite Frage ist, ob die Privatwirtschaft wirklich bereit ist zu investieren, und zwar auch dann, wenn es ihr beschäftigungs- und ertragsmässig nicht besonders gut geht. Auch hier bin ich optimistisch. Den Beweis liefert gegenwärtig das graphische Gewerbe. Trotz einer ungünstigen Markt- und Ertrags-situation hat die Entwicklung zum Lichtsatzverfahren einen Investitionsboom ausgelöst, der alle mittleren und grösseren Druckereien erfasst hat.

Vereinfacht ausgedrückt gilt die Formel: technisch-wissenschaftlicher Fort-

schritt plus Konkurrenzwirtschaft plus leistungsfähiges Banksystem ergibt Investition und Wirtschaftswachstum. Wo diese Voraussetzungen erfüllt sind und aufrechterhalten werden, wird auch die Arbeitslosigkeit stark an Bedeutung verlieren.

Statt Resignation neues Selbstverständnis

Woran liegt es eigentlich, dass die Wirtschaftspolitik auf vielen Gebieten wenig Erfolg hat und breite Bevölkerungsschichten der künftigen Entwicklung skeptisch und oft resignierend gegenüberstehen? Ist unser Wirtschaftssystem überholt oder zumindest so mangelhaft, dass es entscheidend korrigiert werden muss?

Zweifellos ist die freie Marktwirtschaft – wie übrigens jedes andere Wirtschaftssystem auch – als soziales Gebilde unvollkommen. Der Fehler scheint jedoch zu sein, dass wir diese Unvollkommenheit – vor allem wenn es unsere Eigeninteressen betrifft – in ihrem Wesen nicht begreifen oder nicht wahrhaben wollen. Offenbar ist uns etwas verlorengegangen: nämlich das richtige Selbstverständnis der marktwirtschaftlichen Ordnung und der Rolle, die wir in diesem Ordnungssystem spielen.

Schuld daran ist zu einem nicht geringen Teil die Wirtschaftswissenschaft. Seit rund 200 Jahren betrachtet sie das ökonomische Geschehen als rationalen Prozess, das heisst als eine Art Mechanismus, der gesetzmässig abläuft, berechenbar ist und demzufolge auch nach Wunsch gelenkt werden kann. Dieser Vorstellung entspricht der wirkliche Wirtschaftsablauf im Rahmen eines

freiheitlichen Ordnungssysteme aber nicht. Die meisten konjunkturpolitischen Misserfolge und die Enttäuschung vieler Politiker beruhen auf dieser Fehleinschätzung. In Wirklichkeit ist die heutige Wirtschaft ein hochsensibler psychosozialer Organismus voller Irrationalität. Und wie der menschliche Organismus physisch und psychisch seine Schwächen und Unvollkommenheiten hat, mit denen wir leben müssen, ohne uns deshalb gleich aufzugeben, so trifft dies auch auf den Wirtschaftsorganismus zu. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, diesen Sachverhalt in seiner tieferen Bedeutung zu erkennen und ihn positiv zu akzeptieren. Wir müssen wieder lernen, mit den Unvollkommenheiten unserer Wirtschaftsordnung in sozialem Frieden zu leben.

Die Unvollkommenheit, von der hier die Rede ist, hat allerdings nichts mit den Missbräuchen und zum Teil skandalösen Wirtschaftsvorfällen zu tun, die in den letzten Jahren in fast allen Ländern vorgekommen sind. Gemeint sind sowohl Bestechungsaffären, ungetreue Geschäftsführungen, dubiose Vermögenstransaktionen, riesige Spekulationsverluste usw. als auch Auswüchse und Missbräuche in der Preis- und Einkommenspolitik sowie im Konsumverhalten. Viele dieser Vorfälle werden von breiten Bevölkerungsschichten direkt oder indirekt dem freiheitlichen Wirtschaftssystem angelastet. Die Folgen sind emotionelle Entfremdung gegenüber unserer Ordnung und der Ruf nach mehr Kontrolle, nach dem Staat, nach der Änderung des Systems.

Damit ist die zweite Voraussetzung für die Erneuerung unseres Selbstverständnisses von der Wirtschaft angesprochen. Sie besteht darin, einzusehen und anzuerkennen, dass unser Handeln in der freien Marktwirtschaft nicht nur ökonomisch rational sein soll, sondern darüber hinaus an ethische und soziale Wertsetzungen gebunden ist. Das heisst, der tatsächliche Spielraum unseres wirtschaftlichen Handelns ist enger, als es die liberale Wirtschaftsordnung formal erlaubt. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Gewinnmaximierung als oberstes Leitprinzip, rücksichtsloses Konkurrenzverhalten, Schlaumeiereien an der Grenze der Legalität, Druck durch organisierte Macht, Demonstration eigener Grösse oder persönlichen Reichtums usw. – das alles sind Verhaltensweisen, die den moralischen Ansprüchen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zuwiderlaufen. Mit anderen Worten: es sind Fremdkörper unserer sozialen Existenz, die unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung letztlich mehr gefährden als die Forderungen und Machtgelüste ideologischer Systemveränderer.

Das zentrale Anliegen an jeden einzelnen von uns muss deshalb sein, sich sowohl in seiner beruflichen Tätigkeit als auch in seinem privaten Wirtschaftsverhalten der Mitverantwortung am Ganzen und seiner moralisch-ethischen Pflichten bewusst zu werden. Schliesslich ist Freiheit ohne Selbstdisziplin nicht möglich. Freiheit ist aber im gesellschaftspolitischen und damit auch im wirtschaftlichen Leben unser höchstes Gut.

Karl Völk

DES SCHWEIZERS DEUTSCH – SPRACHE ALS SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT?

Mundart ist in deutschschweizerischer Landschaft seit jeher eine Selbstverständlichkeit. Jeder Deutschschweizer spricht seinen Dialekt; auch die «gelehrtesten» Gespräche werden (in mehr oder weniger privatem Bereich jedenfalls) auf Schwyzerdütsch geführt. Es ist unvorstellbar, dass sich zwei deutschsprachige Helvetier – ob Basler oder Zürcher, ob Briefträger, Atomphysiker oder Deutschlehrer – der Hochsprache befleißigen, wenn sie sich auf mündlichem Wege näherzukommen trachten. Die Umgangssprache, der Dialekt, ist in der Schweiz also alles andere als die Sprache (nur) des sogenannten einfachen Volkes. Zwei Schweizer Schriftsteller etwa, die im allgemeinen «schriftsprachige» Bücher schreiben, müssten sich ausgesprochen komisch, ja ausgesprochen «gestellt» vorkommen, wenn sie ihren Disput über Fussball oder Wittgenstein in der Schriftsprache führen würden. Wenn bei diesem Disput allerdings ein «ausländischer» Kollege dabei sein sollte, werden sich die beiden aus puren Anstandsgründen dazu durchringen, ihre Gedanken in einigermaßen nachvollziehbares (eidgenössisches) Hochdeutsch zu kleiden.

Ich erwähne solche Binsenweisheiten, weil sie – wie ich bei Begegnungen mit bundesdeutschen Kollegen stets wieder feststelle – von nicht-schweizerischen Literaturbeflissenen noch immer kaum zur Kenntnis genommen werden: Marcel Reich-Ranickis Zweifel, dass sich in Schwyzerdütsch doch gewiss nicht über literarische, philosophische,

kurz: über «höhere» Belange debattieren lasse, ist exemplarisch.

Wenn nun freilich die Mundart in der Schweiz eine Selbstverständlichkeit und eine Sache aller ist, muss man es wohl als paradox empfinden, dass nur ein verhältnismässig mickrig kleiner Teil der tagtäglich nichts anderes denn Schwyzerdütsch sprechenden Autoren sich dazu berufen fühlt, seine Schreibarbeit in der für einen Deutschschweizer einzigen «natürlichen» Ausdrucksweise zu verrichten: in Schwyzerdütsch, in Dialekt.

Schweizerische Schriftsteller sprechen, denken, fühlen, träumen mundartlich; sobald sie in die Schreibmaschinentasten greifen, um ihr mundartlich Gesprochenes, Gedachtes, Gefühltes und Geträumtes zu Papier zu bringen, werden sie (ich hätte beinahe geschrieben: automatisch) zu Übersetzern: werden schriftsprachlich, «hochdeutsch».

So selbstverständlich es für einen Deutschschweizer ist, sich im direkten Umgang mit den Landsleuten umgangssprachlich und dialektbewusst zu verhalten, so unnatürlich und peinlich scheint ihn letztlich jegliche Dialekt-Niederschrift zu berühren. Ein helvetischer Schreiber torkelt ein Leben lang zwischen angestammter Muttersprache und mehr oder weniger mühsam angelernter Schriftsprache hin und her – ohne im geringsten zum Verräter an diesem oder jenem Idiom zu werden. Dass sich das Ausgesetztsein im Spannungsbereich Mundart/Schriftsprache

alles andere als hemmend und frustrierend auf die Arbeiten der schweizerischen Autoren auswirkt, zeigen die emanzipatorischen Sprach-Vorgänge in der Literatur der deutschen Schweiz in den vergangenen zwei Jahrzehnten (genau: seit dem Erscheinen von Otto F. Walters Roman «Der Stumme», 1959).

Nun geht es hier allerdings nicht um die Schwierigkeiten des Schweizers, schriftsprachliche Texte zu schreiben; es geht vielmehr um seine Schwierigkeiten, sich schriftlich in jener Sprache zu artikulieren, die seine ureigenste ist: in Dialekt. Wer wahllos oder gezielt in den Werken schweizerischer Mundartdichter blättert, wird auf Anhieb feststellen, welch diffiziles, ja kaum zu bewältigendes Unterfangen es ist, das gesprochene Schwyzerdütsch in eine goutierbare Schrift-Form zu bringen. Bei der Lektüre der meisten Mundartpoeten der älteren Generation (wichtigste Exponenten: Meinrad Lienert, Albert Streich, Rudolf von Tavel, Josef Reinhart, Paul Haller) drängt sich unweigerlich der Eindruck auf, dass die Schweizer Umgangssprachen schlichtweg nicht schriftlich fixierbar sind. Damit ist nichts gegen die Arbeit der grossen alten Väter der helvetischen Mundartliteratur gesagt; sie haben Texte hinterlassen, die in künstlerischer Hinsicht zum Besten gehören, was das Schweizer Schrifttum vorzuweisen hat. Sie bestätigen aber auch Vers für Vers und Satz für Satz, dass es – so abwegig und paradox es meinetwegen klingen mag – leichter ist, das «Klima» eines «schweizerdeutschen» Verses oder Satzes in der Halbfremdsprache «Schriftdeutsch» als in der Muttersprache Schwyzerdütsch wiederzugeben. Selbst die vitalste und griffigste mundartliche Wendung

scheint von vornherein dazu verurteilt zu sein, durch die schriftliche Fixierung zur konturlosen Kunstsprache zu degenerieren: Was eben noch (als gesprochenes Wort) voller Leben und Originalität war, wirkt handkehrum (als geschriebene Vokabel) papieren, steril.

Dieser l'art-pour-l'art-Sterilität entgegen, wie angetönt, auch die beachtlichsten Hüter der mundartlichen Ordnung in der Eidgenossenschaft nicht. Sie erstickten geradezu im selbstgewählten Themen-Getto; die Flucht in gemütvoll sein wollendes («urchiges») Alphornvokabular bot sich mehr und mehr an und machte die Dialektschreiberei an sich vollends zum Gespött der Nachkriegsgenerationen. (Nun möchte ich freilich in einem Punkte nicht missverstanden werden: Wir sollten es uns nicht leisten wollen, auf die Pflege der schweizerischen Mundart-Klassiker zu verzichten. Mit regalfüllenden «Gesamtausgaben» – wer liest sie schon, ja wer *kann* sie lesen!? – ist ihnen in unseren Tagen nicht mehr gedient. Ich plädiere für gelegentliche öffentliche Lesungen aus ihren hauptsächlichsten Werken. Damit sind in erster Linie die Radio-Verantwortlichen gefordert!)

Ich habe nun so weit ausgeholt, um wieder einmal (in recht groben Zügen) darzulegen, unter welchen Voraussetzungen junge schweizerische Dialektpoeten wie Kurt Marti, Ernst Eggmann, Ernst Burren oder Mani Matter in den sechziger Jahren an ihre Arbeit herangingen, herangehen mussten. Sie sahen nicht die geringste Möglichkeit, sich einer spezifisch helvetischen Mundart-Tradition verpflichtet zu fühlen. Nein, sie sahen sich vielmehr in jenen internationalen Mundart-Erweckungsprozess eingespannt, der in den fünf-

ziger Jahren durch die «Wiener Gruppe», durch H. C. Artmann, durch Eugen Gomringers «poésie concrète» eingeleitet und möglich wurde. (Die Entwicklung der vor allem durch Kurt Martis «rosa loui»-Erfolg bedingten «modern-mundart»-Bewegung in der Schweiz versuchte ich im Nachwort zu meiner Anthologie «Mach keine Schprüche» darzulegen: «Agonie der Mundartdichtung – drei Bestandesaufnahmen», Zürich und München 1972. Aus diesem Grund verzichte ich an dieser Stelle auf eine eingehendere Würdigung der jüngeren schweizerischen Mundart-Literaturgeschichte.)

Heute nun – im Jahr 1977 – sind wir in der Lage, die Summe aus den alles in allem recht hektischen Mundart-Erneuerungsbemühungen in der Schweiz zu ziehen – eine Summe, die alles andere als überwältigend ist. Der «modern-mundart»-Rausch der späten sechziger Jahre ist verfliegen. Für die bemerkenswertesten jüngeren Mundartschreiber, für Kurt Marti und Schrittmacher Eugen Gomringer, scheint das Experiment «Umgangssprache» bereits endgültig durchgestanden und erledigt zu sein. Beiden Autoren ging es – wie sich im nachhinein unschwer feststellen lässt – in erster Linie ohnehin nicht darum, die helvetische Mundartpoesie wieder in Schwung zu bringen, zu «erneuern». Für Gomringer und Marti war die Dialektschreiberei vielmehr eine rein sprach-experimentelle Angelegenheit, eine («konkrete») Spielerei am Rande der «eigentlichen» poetischen Arbeit. Sie wollten – um es einmal recht platt auszudrücken – den handfesten Beweis liefern, dass sich auch das «heimelige» Schwyzerdütsch zur Verfertigung dessen eignet, was man in unseren Tagen sowohl in Hamburg wie in Los Angeles,

in Paris wie in Belgrad oder Helsinki unter moderner Lyrik versteht. Man könnte etwas überspitzt beifügen, dass das Schwyzerdütsch durch Gomringer und Marti zu einer internationalen (international beachteten) Poesie-Sprache wurde. Gomringers Dialekt-Experiment war nach sechs Texten («konstellationen») bereits (erfolgreich) beendet; Marti seinerseits konzentriert sich nach zwei Sammlungen «ir bärner umgangsschprach» wieder auf Schriftsprachliches. Es wäre also letztlich verfehlt, einen Gomringer oder auch einen Marti als helvetische Mundartler auszurufen, zu begreifen. Die Gleichung gar: Mundartdichter = Volksdichter geht bei den beiden Formalisten nicht auf. Ihre «umgangssprachlichen» Texte haben mit der Sprache des Volkes (was immer das auch sein mag) wenig zu tun.

Diese Feststellung unterscheidet sie von Mani Matter, Ernst Eggimann und Ernst Burren. Eggimann vor allem und Burren haben sich in den bisherigen Arbeiten als unentwegte Protokollisten des werktäglichen Volksgeschwätzes hervorgetan. Das (künstlerische) Ergebnis ihrer löblichen Absicht, den Gedanken- und Redefluss der sogenannten kleinen Leute auf Papier zu bannen: Poetische Rohbauten, die in technischer Beziehung da und dort einer ordnenden Hand bedürften (nicht jede kernige Redewendung ist von vornherein schon ein Gedicht!), die aber stets wieder von beachtlichem (sprach-)dokumentarischem und volkskundlichem Interesse sind. (Nebenbei: Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man die Verse Eggimanns und Burrens *gehört* haben muss, um ihnen gerecht werden zu können: ein weiteres Indiz dafür, dass Mundart nicht fürs Papier geboren ist: Eggimann-Verse, die bei mündlichem Vor-

trag ohne weiteres einleuchten, wirken in Schrift-Verkleidung mitunter ausgesprochen – läppisch. Im übrigen vermitteln mir Mani Matters Chansons nach wie vor eine leise Ahnung von Ur-Mundart-Dichtung.)

Zwischen diversen «Lagern» – zwischen den «Lagern» Gomringer/Marti und Eggimann/Burren jedenfalls – bewegt sich seit dem Jahr 1973 der Obwaldner Julian Dillier. Er debütierte mit der Sammlung «Gedankä, wo barfuess chemid», in der unter dem Titel «Nachd im Baanhof» die Strophe steht: «Da chund d Wält äim vor / wiä uifä gschtueled. / Äinä hed der letschi Zug verpassd. / S faad a chuelä. / Alls isch Baanhof i der Nachd.» Und das programmatische Titelgedicht («Gedankä, wo barfuess chemid ...») lautet: «Gedankä, / wo barfuess chemid, / nid gfürtiged / wiä sybämal gschyd Herrä. // Gedankä, / wo schych sind / wiä Schpitääl. // Gedankä, / wo Dui zueder sägid / und nid tiänd / as ob si dich vogtä wettid – / simmer z Sinn cho, / hend Fäckä ubercho, / wend nooch cho / und hangä blybä / wiä Merzäschtäib.»

Julian Dillier, dessen Gedanken in der Tat «barfuess chemid» («nid gfürtiged»!), bringt schon rein «äusserlich» einen neuen Ton in die helvetische Dialektpoesie: Er ist der einzige bemerkenswerte «neuere» Schweizer Mundartdichter, der nicht aus bernischen oder solothurnischen Landen kommt. Er verfügt also – um es etwas lapidar auszudrücken – von vornherein nicht über das ungemein günstige Sprachmaterial, das sich seinen Kollegen Marti, Matter, Eggimann oder Burren anbietet. Mit berndeutschen Vokabeln und Redewendungen lassen sich wahre Sprachorgien inszenieren (Paradebeispiel: Albert

Meyers Homer-Übersetzungen). Der Obwaldner Dialekt eines Julian Dillier ist sperriger, man könnte auch sagen: prüder. Innerschweizerische Dialekte wollen umworben werden; sie geben sich jedenfalls nicht jedem bedingungslos hin, der den Drang verspürt, sein Sentiment in Versform zu bringen. Die Wortspielereien, die sich bernischen und solothurnischen Schreibern von Simon Gfeller bis Mani Matter, von Josef Reinhart bis Ernst Burren fast aufdrängen, verweigern und verbieten sich einem Innerschweizer. (So unterscheidet sich auch die Arbeit des Einsiedlers Meinrad Lienert in poetischer, in technischer Hinsicht – «Tonfall», Komposition, Bildlichkeit usw. – von den Arbeiten seiner gleichaltrigen bernischen Kollegen.) Nochmals: Berndeutsch ist eine Sprache, in der man sich suhlen, sich selber – wie Max Rychner kritisch exemplifizierte – befriedigen kann. Solche Befriedigung wiederum bietet das behäbige, das «gstable» und ungestaltliche (?) Obwaldner «Buuredütsch» nicht. Im Gegensatz etwa zu Matters oder Martis Sprache ist Dilliers Sprache eine ur-naive, ja eine – ich wage das verfluchte Wort – durch und durch erdige Angelegenheit. Dem behäbigen Sprachkleid entspricht die thematische Komponente. Auch Dillier ist Protokollist, ist – wenn man so sagen darf – Sprach- und Spruch-Dokumentarist. Seine Gedichte und Sprüche («So z'sägä es paar Sprych», 1974) vermitteln mir tiefere Einsichten in das Wesen, ja die «Volksseele» der Obwaldner als noch so viele und noch so kluge «wissenschaftliche» Abhandlungen über den Alltag der Mannen und Frauen aus Sarnen, Stalden oder Kägiswil. Kein Zufall, dass Dillier seine Spruchsammlung dem Andenken «mei-

ner Tante Jakobea» gewidmet hat. Von ihr – ich stelle mir eine sehr «einfache» Frau aus dem sehr «einfachen» Obwaldner Volk vor – hat er vermutlich viel gelernt. Jedenfalls hat sie ihn zur Niederschrift von «Sprych» verleitet, die gerade ihrer täppischen Simplizität wegen von unschätzbarem poetischem und eben auch volkskundlichem Wert sind.

Er protokolliert: «mengs <Gottlob> isch Tyfels Dank.» – «d Zyt hed anä, / wemmer si bruichd.» – «Über d Nasä n uis gsee / isch faschd, was e Wält-räis.» – «uispackä gid nu käi Ornig.» – «alls, wo mer chrumm nimmd / hed e Haagä.» – «äi es gmaaleds Beckli / hed Platz fir suiri Milch.» – «wer der Herrgott i der Vortyli obä suechd, / verwächsled de Eschtrich / mit em Himmel.» – «zrugg buechschtaberä / isch äi gläsä.» Oder auch (und dies vor allem): «Bim Schrybä chemid d Gidankä / wiä Geschd – / bim Redä sind s numä Passanti.»

Über seine Gäste, die schriftlich festgehakten Gedanken, macht sich Julian Dillier auch in einer neuen noch unveröffentlichten Lyriksammlung Gedanken. Er schreibt: «Me suechd naa de Wortä, / me redt dra verby. / Me spild mit de Wortä, / wett einä bim Wort nää / und säid, / es Wort sig es Wort. / Numä wertlich nää – / da dra dänkd e käinä.» Damit denunziert Julian Dillier so ungefähr die ganze Nach-Martische schweizerische Dialektlyrik – jene schwächlichen und holztrockenen Nachmacher, die noch immer nicht gemerkt haben, dass es ein verdammtes Wagnis ist, sich auf Dialektschreiberei und

«umgangssprachliche» Wortspielerei überhaupt erst einzulassen. Dillier weiss, dass «unzeelig Word / i schlächter Gsellschafd / faand a lygä».

Gegen die seit Martis «rosa loui»-Bombenerfolg grassierende Wort-Inflation schreibt und spricht er mit «barfüssiger» Gradheit an. Seine «Inflation»-Sicht: «Uf sächzg Werter / bringds s Vatter unser, / zweihundert-sibzgi / hed dr Moses bruichd / fir ayni zää Gibot. / Mit zweihundert-sibenefifzig / hend d Amerikaner sich unabhängig gmacht. / E Verornig aber / bi de EGE-Kommission wäg de Karamel / bringd äs / sagä und schreibä / uf sächsäzwänztuisig / und nynhundertelf Werter. / Was bewysd: / wichtiger as Vatterunser / sind halt Karamel.»

Und abermals: Julian Dillier legt «Gedankä» nieder, «wo barfuess chemid», Gedanken, die wahrhaftig nichts zu verbergen, zu überspielen haben. Er schreibt weiss Gott nicht wie oder für «sybämal gschyd Herrä». Er hat sich, meine ich, selber nicht schlecht charakterisiert: «Es Word, / wo ellei schtaa blybd / wie ne Armegnessischä / uf em Dorfplatz, cha mee wärt si / as e schtaatsmännischi Red / mit Hurra klimmbimm.»

Beizufügen wäre vielleicht, dass alle Worte «armegnessisch» sind, dass sie in Julian Dillier einen Sprecher gefunden haben, der darauf verzichtet, sie «wortspielerisch» zu veräppeln, der das Wort als das anerkennt, was es im Anfang möglicherweise war – das Wort, das es aus «schlächter Gsellschafd» zu befreien gilt.

Dieter Fringeli